

Pressestimmen

WAHL IN UNGARN

THE TIMES

„Lektion“ Die Mitte-Links-Verlierer haben es nicht geschafft, sich zu vereinen oder Populismus mit Popularität zu bekämpfen. Sie haben weniger als ein Viertel der Parlamentssitze gewonnen. Ihre Lektion lautet, dass sie dem Untergang geweiht sind, wenn sie uneins bleiben. Die Lektion für die EU lautet, dass auch die osteuropäische Demokratie verloren ist, wenn die EU sich weiter anmaßt, Osteuropa zu belehren, was in einer Demokratie akzeptabel ist.

■ The Times, London

POLITIKEN
den levende avis

„Druck“ Das Wahlergebnis ist alles andere als eine gute Nachricht für die EU, die bizarrerweise zugleich Orbans Hass-Symbol und sein Schlüssel zur Macht ist. Es ist Zeit, dass die EU dagegenhält. Die Debatte über den EU-Haushalt sollte genutzt werden, Orban unter Druck zu setzen. Man sollte drohen, EU-Mittel zu reduzieren.

■ Politiken, Kopenhagen

Kalenderblatt



Foto: APA

DAS GESCHAH AM ...

11. April

■ **1918:** In Wien stirbt der Architekt Otto Wagner. Der Baumeister des Jugendstils gehörte zu den Vätern des modernen Städtebaus (Generalsanierungsplan für Wien).

■ **1928:** Ein von Fritz von Opel und Max Valier konstruiertes Raketenauto beschleunigt aus dem Stand in sieben Sekunden auf 100 km/h.

■ **2013:** In Linz wird das **Musiktheater** eröffnet. Der Bau nach dem Entwurf des britischen Architekten Terry Pawson verfügt über eine der modernsten Bühnen Europas.

LESERBRIEFE

Leserbriefe finden Sie auf der Leserdialogseite, Seite 17, und im Internet unter: nachrichten.at/leserbriefe



Fehdehandschuh

Karikatur: Mayerhofer

Menschen

Herbert Diess

Austro-Bayer in Wolfsburg

Von Dietmar Mascher

Schon einmal stand Herbert Diess kurz davor, Chef eines Autokonzerns zu werden. 2014 folgte aber Harald Krüger Norbert Reithofer als neuer Vorstandsvorsitzender von BMW. Der BMW-Entwicklungsvorstand hatte das Nachsehen. „Wenn BMW in der Krise wäre, wäre Herbert Diess der ideale neue Chef“, wurde damals über ihn gesagt. Aber BMW verdiente sehr gut. Und Diess wechselte 2015 zum VW-Konzern.

Dort sind jetzt offenbar seine Qualitäten gefragt. Effizient sei er, pragmatisch und innovativ. Der 59-jährige promovierte Fertigungstechniker soll auf Wunsch der Eigentümerfamilien Porsche und Piëch Matthias Müller an der Spitze des VW-Konzerns nachfolgen. Müller wolle an der Umgestaltung der Konzernspitze mitwirken, ließ VW kryptisch verlauten.

Diess wurde zwar in München geboren, hat dort seine Ausbildung gemacht und nach einem Engagement bei einer Bosch-Firma in Spanien bei BMW in München seine Karriere begonnen, dennoch ist er österreichischer Staatsbürger und wird aller Voraussicht nach vom Aufsichtsrat unter Vorsitz des gebürtigen Trauners Hans Dieter Pötsch bestellt.

Diess, der sein Privatleben gut hütet, erarbeitete sich bei BMW den Ruf des „harten Hundes“, der als Einkaufschef immer wieder Nachlässe bei Lieferanten herausholte und die Angebote immer und immer wieder durchrechnen ließ. Er kennt aber auch die Produktion und leitete die Werke in Oxford und Birmingham und von 2003 bis 2007 die Motorradsparte von BMW. Als Konkurrent seines



Herbert Diess: Der einstige BMW-Entwicklungschef soll VW weiterentwickeln

Foto: APA

Freundes Stefan Pierer, der später BMW die Marke Husqvarna abkaufen sollte.

Bei VW war Diess für die Kernmarke verantwortlich, geriet auch im Dieselskandal unter Beschuss, hat dabei aber keine Schrammen davongetragen. Diess gilt als Verfechter der Elektromobilität und soll VW jetzt zukunfts-tauglich auch im Bereich der Vernetzung mit dem Internet und des autonomen Fahrens machen.

Leitartikel

Von
Thomas Spang

Stunde der Wahrheit für Donald Trump

Der mentale Zustand des US-Präsidenten muss Anlass zu großer Besorgnis geben. Sein Wutausbruch vor laufenden Kameras über die FBI-Razzia in den Privat- und Geschäftsräumen seines persönlichen Anwalts Michael Cohen zeigt, wie wenig sich Donald Trump unter Kontrolle hat.

Dass er in diesem Zustand wenige Minuten später eine potenziell weitreichende Entscheidung über die Reaktion der Supermacht auf den Chemiewaffen-Angriff in Syrien traf, lässt wenig Gutes erwarten. Hoffentlich haben die Generäle Trump davon abgehalten, seinen Frust zu Hause auf eine internationale Krise zu übertragen.

Grund, nervös zu sein, hat der Präsident jedenfalls: Während Sonderermittler Robert Mueller sorgfältig darauf achtete, Trump nicht unnötig zu provozieren, überschreitet die Razzia gegen Cohen seine Schmerzgrenze. Kaum jemand verfügt über mehr Insider-Informationen als sein „Mann für alle Fälle“. Klugerweise überließ es Mueller seinen Kollegen von der Staatsanwaltschaft in New York, gegen Cohen vorzugehen. Damit macht er sich selbst unangreifbar, während er trotzdem Zugriff auf die Ermittlungsergebnisse haben wird.

Die FBI-Razzia ist ein brisanter Moment in der US-Geschichte

Es muss Trump ganz besonders wurmen, dass sowohl der von ihm persönlich eingesetzte Bundesanwalt in New York als auch der stellvertretende Justizminister Rod Rosenstein der Razzia ausdrücklich zustimmten. Trumps Vorwurf, es handle sich um eine „Hexenjagd“ Muellers, könnte nicht mehr als aus der Luft gegriffen sein. Tatsächlich muss ein begründeter Verdacht auf schwerwiegende Straftaten und die Sorge vor Beweisvernichtung bestehen, damit bei dem Privatanwalt des US-Präsidenten ein Durchsuchungsbefehl erteilt wird.

Das sind sehr schlechte Nachrichten für Trump. Wie in einem Mafia-Verfahren kreisen ihn die Ermittler immer weiter ein. Sein erster Sicherheitsberater Michael Flynn kooperiert mit Mueller, sein Wahlkampfmanager Paul Manafort ist bereits angeklagt, ebenso sein außenpolitischer Berater aus Wahlkampfzeiten George Papadopoulos. Eng wird es auch für Trump-Intimus Roger Stone.

Mit Michael Cohen rücken die Ermittlungen jetzt ganz nahe an den Präsidenten selber heran. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass Trump deswegen die Nerven verliert. Ohne Übertreibung ist das ein brisanter Moment in der Geschichte der USA. Die Stunde der Wahrheit rückt näher.

Gerade wenn landauf, landab ein häuslicher Umgang mit

✉ t.spang@nachrichten.at

Wirtschaft verstehen

Empörend: Kindergartengebühr, Pflegeregress oder Schuldenberg?

Die Wiedereinführung einer Gebühr für die Nachmittagsbetreuung an oberösterreichischen Kindergärten ist nur ein Beispiel dafür, wie schwierig strukturelle Reformen in (Ober-)Österreich umzusetzen sind. Der öffentliche Aufschrei ist jeweils groß, wenn der Staat etwas „wegnimmt“ und die kritischen Stimmen finden breite Resonanz in der Medienlandschaft.

Weniger empört wurde hingegen reagiert, als die Abschaffung des Pflegeregresses beschlossen wurde, denn schließlich profitieren wir zumindest potentiell alle davon. Wenn man verstehen will, warum die österreichischen

Staatsfinanzen aus dem Lot geraten sind, dann sind dies zwei perfekte Beispiele der jüngeren österreichischen Zeitgeschichte.

In der öffentlichen Diskussion wird zudem vor lauter Einzelfällen, so begründet sie auch sein mögen, das Wesentliche aus den Augen verloren. Im Grundsatz geht es um die Aufgabenverteilung zwischen Staat und Privat vor dem Hintergrund angespannter staatlicher Finanzen.

Die Kostenbeteiligung der unmittelbaren Nutznießer einer staatlichen Dienstleistung ist aus



VON TEODORO D. COCCA

verschiedensten Gesichtspunkten ein durchaus sinnvolles Vorhaben. Die undifferenzierte Förderung einer staatlichen Leistung für alle führt zu einer Überbeanspruchung derselben, ohne dass alleine der wirkliche Bedarf abgedeckt wird.

In einem solchen „All inclusive“-System steuert diese maximierte Nachfrage in der Folge auch das staatlich zur Verfügung gestellte Angebot, was zu einer künstlichen Überversorgung führt. Nicht nur übernimmt der Staat damit die Kosten vollständig, sondern verleiht mit dieser gutgemeinten Kos-

tenübernahme auch viele dazu, diese Leistung einfach „mitzunehmen“ auch wenn man sie gar nicht wirklich benötigt.

In sehr vielen Fällen wäre es für einen bedeutenden Teil der direkten Nutznießer des staatlichen Angebotes zumutbar, einen Teil der Kosten selbst zu tragen. Somit erweist sich das System eines Gratiskindergartens am Nachmittag wie auch die Abschaffung des Pflegeregresses als gänzlich ineffizient und verkörpert ein klassisches Beispiel einer ansonsten vielgeschmähten Förderung mit der „Gießkanne“.

Gerade wenn landauf, landab ein häuslicher Umgang mit

Steuergeldern gefordert wird, leitet sich daraus geradezu eine staatspolitische Pflicht zu Reformen ab.

Empörend ist somit nicht die Wiedereinführung einer Kindergartengebühr, sondern vielmehr, dass die finanzielle Realität regelmäßig von der Politik, den Wählern und auch den Medien ignoriert wird. Hätte der österreichische Schuldenberg auch eine politische und mediale warnende Stimme – es wäre die lauteste und empörteste! Berechtigterweise.

Teodoro D. Cocca ist Professor für Asset Management an der Universität Linz